

## **Bericht der Fraktion DIE LINKE im RVR für den Landesrat am 6.10.2018 – Februar 2018 bis September 2018**

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den zurückliegenden acht Monaten seit unserem letzten Bericht auf dem Landesrat stand vor allem die Auseinandersetzung mit den Inhalten des neu zu erarbeitenden Regionalplans und des damit zusammen hängenden „Handlungsprogramms“ im Mittelpunkt unserer Arbeit. Mit dem Regionalplan werden die Weichen für die räumliche Entwicklung im Ruhrgebiet für die nächsten 15 bis 20 Jahre gestellt. Er legt die Ziele der Flächenentwicklung für Wohnen, Leben und Arbeiten, die Erhaltung von Freiraum u.a. fest.

Weitere wichtige Themen der Fraktionsarbeit waren u.a.:

- die Forderung nach Beteiligung des Verbandes an der Ruhrkonferenz der Landesregierung und die dort zu behandelnden Themen
- die Internationale Gartenschau 2027 im Ruhrgebiet
- die Forderung nach Stärkung der Kommunalfinanzen durch den Bund
- die Weiterentwicklung des Regionalen Radwegnetzes
- die Krankenhausplanung des Landes
- die Forderung nach regionalen Lösungen zur besseren Luftreinhaltung
- die bisherige und die künftige Strukturförderungspolitik der EU und
- die angestrebte Übernahme von Halden und Waldflächen der Ruhrkohle durch den Regionalverband Ruhr.

All diese Aufgaben werden in den nächsten Monaten auch weiterhin auf der Agenda stehen und im Austausch mit den Fraktionen und Kreisverbänden vor Ort weiter diskutiert werden.

*Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz und Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR)*

### **Aus der Fraktionsarbeit im Verband**

#### **Regionalplan stellt Weichen für die Zukunft – kritische Auseinandersetzung hat begonnen**

---

#### **Öffentlichkeitsbeteiligung am Plan jetzt in den Kommunen organisieren!**

---

Die Verbandsversammlung hat am 6. Juli 2018 den Start für das Erarbeitungsverfahren zum neuen Regionalplan Ruhr und zum Austausch über das „Handlungsprogramm Zukunft Metropole Ruhr“ gegeben. Nach fünfzig Jahren sollen nicht mehr drei Bezirksregierungen und die Städteregion 2030 das Ruhrgebiet beplanen, sondern wieder der RVR.

Der Entwurf des Regionalplans war vor allem bei CDU und FDP heftig umstritten, da die Erarbeitung auf Grundlage des von der rot-grünen Landesregierung beschlossenen Landesentwicklungsplans begann. Den will Schwarz-Gelb in wichtigen Punkten wie Flächenverbrauch und Klimaschutz zurückdrehen. Die CDU hat erst zugestimmt, nachdem auch die Landesregierung versicherte, dass der Beschluss über die Aufstellung des Regionalplans noch keine Akzeptanz der Inhalte des Entwurfes bedeutet.

Erstmals werden die Flächen nach einheitlichen Zielen und Grundsätzen bewertet. Was dies konkret u.a. für die Entwicklungen im Bereich Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete vor Ort bedeutet, kann man den zeichnerischen Festlegungen (Karte) entnehmen. Bis zum 1. März 2019

haben nun die Räte, Verwaltungen, die Bürger\*innen die Möglichkeit, ihre Anregungen und Änderungsvorschläge beim Regionalverband Ruhr (RVR) einzubringen.

Alle Unterlagen hierzu kann man abrufen unter:

<https://www.metropoleruhr.de/tr/regionalverband-ruhr/regionalplanung/regionalplan-ruhr.html>

und

<https://www.metropoleruhr.de/tr/regionalverband-ruhr/informelle-planung/handlungsprogramm.html> .

Um die Arbeit der Fraktionen und Kreisverbände hierbei zu unterstützen, haben wir im Vorfeld in Zusammenarbeit mit dem kopofa nrw. e.V. am 10. März 2018 und 2. Juni 2018 zwei Seminare für alle Interessierte durchgeführt. Zusammen mit Fachleuten aus der Verwaltung, der Stadtplanung, dem DGB, dem BUND und der Landwirtschaft haben wir die Festlegungen im Plan diskutiert und einer ersten Bewertung unterzogen.

In die Verbandsversammlung im Juni brachte Die Fraktion DIE LINKE im RVR erste Anträge ein, die nun in das Beteiligungsverfahren einfließen. Zum einen sollen die laufenden Verfahren zur Ansiedlung von Möbelhäusern in Dortmund, die auch Auswirkungen auf die umliegenden Kommunen haben, noch nicht abgeschlossen werden. Im anderen Antrag fordern wir eine stärkere Verankerung des barrierefreien Umbaus von Wohnungen, der Bezahlbarkeit von Wohnraum sowie den Erhalt und den Ausbau der geförderten Sozialwohnungsbestände.

Die Mitglieder unserer Fraktion werden sich in den kommenden Monaten ebenso wie Ihr mit den umfangreichen Unterlagen im Detail auseinandersetzen. Wir würden uns über einen regen Austausch mit Euch dazu freuen. Gern kommen wir auch zu Euch vor Ort, um Fragen, Anregungen, Mitwirkungsmöglichkeiten zum Regionalplan und zum Handlungsprogramm zu diskutieren oder auch Veranstaltungen unter Mitwirkung der Verwaltung des RVR mit Euch zusammen durchzuführen. Nehmt dazu Kontakt zu unserer Fraktionsgeschäftsführerin Heike Kretschmer auf.

### **Langzeitarbeitslosigkeit und Armut müssen Themen der Ruhrkonferenz sein!**

---

#### ***Beteiligung des Verbandes bei der Umsetzung der Konferenz auf Augenhöhe eingefordert***

---

Nach deutlicher – auch von unserer Fraktion geübter – Kritik am Vorgehen der Landesregierung zu der geplanten Ruhrkonferenz, fand am 24. September eine Sondersitzung der Verbandsversammlung mit Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) statt. Die Redezeit für Statements der Fraktionen war nach Größe gestaffelt, DIE LINKE hatte die riesige Spanne von 3,5 Minuten – um einen wirklichen Austausch ging es nicht. Wir haben fünf Forderungen an die Konferenz formuliert:

- Der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit darf bei aller „Zukunftsorientierung“ nicht ausgespart werden, die Region solle sich zu einer „Modellregion“ für einen sozialen Arbeitsmarkt entwickeln, in dem Tariflohn statt Mindestlohn gezahlt wird.
- Die Förderung der Bildung darf nicht nur auf Talentschulen setzen. Im Ruhrgebiet gibt es 1.408 Schulen, ganze 30 sollen „Talentschulen“ werden – das sind 2,13 %. Da wird man kaum etwas bewegen können. Vielmehr gilt es den Grundsatz „Gleiches ungleich behandeln“ im Schulgesetz umzusetzen und dafür Lehrer einzustellen.
- Beim Thema der Verkehr soll es vor allem um die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs gehen. Autobahnprojekte sind kontraproduktiv.
- Zur Stärkung der desolaten Finanzlage der Kommunen braucht es endlich einen Altschuldenfonds. Außerdem: Die Förderung darf nicht an fehlenden Eigenmitteln scheitern.
- Der Regionalverband Ruhr ist an der Ruhrkonferenz auf Augenhöhe zu beteiligen.

### **Die IGA 2027 – eine echte Chance für die Region**

---

#### ***Nach langem Ringen nun doch noch positives Signal aus Düsseldorf***

---

Es schien eine unendliche Geschichte zu werden – das Ringen um die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Internationalen Gartenschau im Ruhrgebiet 2027. Selbst die im Juni vorgelegte Studie des Ruhr-

Forschungsinstitutes für Innovations- und Strukturpolitik e.V. (RUFIS) zu den gesamt- und regionalwirtschaftlichen Effekten der Gartenschau brachte keine Reaktion aus Düsseldorf. Dabei stellt die neue Studie ebenso wie die Machbarkeitsstudie fest: Die IGA bringt mehr ein als sie kostet. Es könnten rund 8.700 Arbeitsplätze entstehen, von denen rund 6.100 in der Region verbleiben.

Des Weiteren würden erhebliche regionale und gesamtwirtschaftliche Effekte bei Einkommen, Beschäftigung und Tourismus erzielt werden. Aber ein Ja aus Düsseldorf zur Beteiligung an den benötigten 168 Mio. Euro für die Investitionen und 88 Mio. Euro zur Durchführung der IGA blieb aus.

Bei jeder Gelegenheit thematisierten wir, dass es fatal wäre, wenn die Chancen der IGA von der Landesregierung in den Sand gesetzt würde. Wer wie ein Mantra vor sich her trägt, dass das Ruhrgebiet mehr Wirtschaft, Kreativität, Tourismus und Kooperation braucht, der sollte auch klar sagen, was ihm die IGA wert ist.

Für die Verbandsversammlung im Juli hat die Fraktion DIE LINKE das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und konnte schließlich zusammen mit der XXL-Koalition (CDU, SPD, Grüne) eine Resolution dazu einbringen, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Zwischenzeitlich hat die Landesregierung ihre Unterstützung zugesagt – nachdem sich die Kommunen des Ruhrgebiets geschlossen für die IGA ausgesprochen haben. In den nächsten Wochen werden die Räte Beschlüsse über die finanzielle Beteiligung fassen.

### **Ruhrparlament fordert: Stärkung der Kommunalfinzen durch den Bund**

---

#### ***Altschuldenfonds muss her***

---

Der letzte Kommunalfinanzbericht des Regionalverbandes Ruhr (RVR) vom November 2017 macht deutlich, dass die Ruhrgebietskommunen trotz erhöhter Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen und dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW aus der Finanzmisere nicht herauskommen. Ein wesentlicher Punkt sind die höheren Sozialausgaben: Pro Einwohner/in haben die Ruhrgebietskommunen 2016 insgesamt 964 Euro an Sozialausgaben geleistet, die Kommunen in den westdeutschen Flächenländern gaben im Schnitt jedoch nur 679 Euro aus. Der Teufelskreis von fehlenden Einnahmen, erhöhten Sozialausgaben und fehlenden Investitionen setzt sich weiter fort. Der wesentliche Grund: Trotz sinkender Arbeitslosenquote steigt die Anzahl der Transferleistungsempfänger/innen. Ende 2016 erhielten fast 800.000 Menschen im Ruhrgebiet Transferleistungen, der größte Teil nach dem SGB II (Hartz IV). Das macht deutlich, wie verfestigt Langzeitarbeitslosigkeit und Armut hier inzwischen sind.

Um diese Misere zu überwinden, bedarf es seitens der Bundesregierung mehr Anstrengungen als die Einrichtung der Gemeinsamen Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die scheinbar aus Sicht von CDU und SPD im Ruhrparlament „der“ Ansatz zur Lösung ist. Den Eindruck gewannen wir in der Sitzung der Verbandsversammlung im März, als plötzlich eine Debatte zu der von XXL und uns gemeinsam eingebrachten Resolution zur Stärkung der Kommunalfinzen begann.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, kritisierte in seinem Beitrag zur Begründung der gemeinsamen Resolution die im Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Bund fehlende Unterstützung der Kommunen – keine kommunale Finanzreform, keine Reform der Gewerbesteuer, keine grundlegend neue Regelung zur Verteilung der Sozialausgaben. Außerdem machte er deutlich, dass die Resolution in einzelnen Punkten nur der kleinste gemeinsame Nenner ist, es jedoch wichtig sei, die Positionen der Ruhrgebietskommunen fraktionsübergreifend früh in den „Ring“ zu werden. Dieser Wortbeitrag führte zu heller Aufregung unter CDU, SPD und merkwürdiger Weise auch der Grünen: Kritik an der Bundesregierung gehöre nicht in die RVR-Verbandsversammlung ...

Der Resolutionstext wurde trotzdem mit breiter Mehrheit angenommen. Damit hat die RVR-Verbandsversammlung sehr deutlich festgestellt, dass ein weiterer „Sparkurs“ nicht möglich ist und die Bundesregierung gefordert ist, einen Beitrag zur Sanierung der Kommunalfinzen in der Region zu leisten. Die Erstattung von Sozialausgaben muss sich stärker an den tatsächlichen Sozialausgaben der Kommunen orientieren, ein Altschuldenfonds soll geprüft werden, gleichzeitig sollen die Strukturmittel des Bundes nach Bedarf verteilt werden. An der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die die Bundesregierung einrichten will, wollen die Kommunen im Ruhrgebiet direkt beteiligt werden.

## Weiterentwicklung des Regionalen Radwegnetzes

---

### Alltagstauglichkeit des Netzes erhöhen; mehr Radschnellwege planen und bauen

---

Die Fraktion DIE LINKE stimmte im März dem Konzept zur Weiterentwicklung des Regionalen Radwegenetzes für den Alltagsradverkehr zu. Wir haben deutlich gemacht, dass das Netz nur dann seine volle Wirkung entfaltet, wenn in den Kommunen die Anstrengungen für den Radwegebau steigen, Zubringerverbindungen ausgebaut werden. Aktuell befassen sich die Räte und Kreistage damit.

Wir haben die Absicht des Bundes kritisiert, beim Ersatzneubau der Rheinbrücke an der A40 bei Duisburg den Ausbaustandard für Radschnellwege von 6,50 Meter beidseitig (4 m fürs Rad, 2,50 m für Fußverkehr) nicht umsetzen zu wollen. Damit blockiert der Bund hier den weiteren Ausbau des geplanten Radschnellwegnetzes. Dabei nutzen bereits jetzt täglich 2000 Radfahrer\*innen die Verbindung. Die Kritik findet sich auch in der Stellungnahme des Verbandes zum Planfeststellungsverfahren, die wir unterstützt haben.

Des Weiteren haben wir uns im Planungsausschuss und in der Öffentlichkeit dafür eingesetzt, den Radschnellweg 1 von Duisburg nach Hamm schneller zu realisieren. Zu der nun vorliegenden Machbarkeitsstudie für den Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet von Essen nach Gladbeck bringen wir einen Antrag in die Verbandsversammlung am 5. Oktober ein, nach dem Straßen.NRW beim Bau der Strecke die von ADFC, Rat und Bürger\*innen der Stadt Bottrop favorisierte Alternativtrasse umsetzung soll. Die Vorteile dieser Trasse: Mehr Sicherheit, geringere Belastungen durch Abgase, stärkere Kreuzungsfreiheit.

### Fraktionsarbeit vor Ort ...

Bei Themen, die Rats- oder Kreistagsfraktionen betreffen, suchen wir vor einer Entscheidung in der Verbandsversammlung in der Regel den Kontakt zu den Fraktionen vor Ort. So haben wir uns u.a. mit den Fraktionen zu Änderungen von Flächennutzungs- oder Regionalplänen in Gladbeck, Kamp-Lintfort, Duisburg, Herne und Bochum ausgetauscht.

Darüber hinaus gab es Kontakte zu Fragen der Weiterentwicklung der Parklandschaften in den fünf Revierparks über ein EU-Förderprogramm und die Geschäftsstelle koordinierte den Steag-Arbeitskreis der Ratsfraktionen der Städte, die STEAG-Anteile gekauft haben.

Vierteljährlich informieren wir über unseren Newsletter über die Themen unserer Arbeit im Verband. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, melde sich in unserer Geschäftsstelle.

### ... Pressearbeit

Die Pressemitteilungen unserer Fraktion wurden seitens der regionalen Medien öfter aufgegriffen. Wir haben uns bspw. zu folgenden Themen geäußert:

- 08.08.2018 Freiheit der Kunst auch für Triennale respektieren – Deutliche Kritik am Ministerpräsident Armin Laschet
- 07.06.2018 Ausdünnung des Fernverkehrs durch die Bahn stoppen – Fraktion initiiert Antrag für die nächste Sitzung des Ruhrparlaments
- 07.05.2018 Schwarz-Gelbe Landesregierung „bremst“ den RVR aus
- 16.04.2018 Ruhrkonferenz: Ruhrparlament nicht außen vor lassen – Landesregierung hat keine Strategie für das Ruhrgebiet – IGA endlich unterstützen
- 23.03.2018 RVR für Stärkung der Kommunal Finanzen durch den Bund Resolution verabschiedet – Interessen der Kommunen brauchen mehr Gehör in Berlin
- 02.03.2018 Kohlenhuck soll Freiraum bleiben – Fraktion lehnt Ausweisung als Gewerbegebiet ab
- 27.02.2018 Fahrverbote: Bund und Land haben versagt: Regionale Lösungen für bessere Luftreinhaltung müssen her

---

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

---

Essen, 26.09.2018 - Wolfgang Freye, Heike Kretschmer, Fraktion DIE LINKE im RVR